



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Gutachten: Wahlkampfbeobachtung 2017

Arbeit

ÖVP, KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne sowie auch die NEOS und Tatjana Petrovic äußern sich zum Thema Arbeit. Grundsätzlich erschienen die Vorschläge konstruktiv und positiv. Deutliche Aussagen für Veränderungen setzt die KPÖ, welche sich in ihrem Parteiprogramm äußerst umfassend mit dem Thema Arbeit auseinandersetzt.

Vor allem die SPÖ und KPÖ äußern sich explizit zum Thema **Geschlechtergerechtigkeit** in der Arbeitswelt. Die SPÖ fordert daher die Forcierung der Ausbildung von Mädchen in nicht "frauentypischen" Berufen, die Förderung von Wiedereinsteigerinnen-Programmen, sowie die Forcierung von Frauen in der Besetzung von Führungspositionen. In diesem Kontext werden auch Gender-Budgeting und die Entwicklung von Frauenförderungen angedacht. Die KPÖ vertritt einen ähnlichen Ansatz und fordert eine 50%ige Vertretung von Frauen in Leitungen und Gremien sowie eine Beschäftigungspolitik, die die Benachteiligung von Frauen in Unternehmen unterbindet. Weiterhin forciert die KPÖ eine verpflichtende Väterkarenz sowie Angebote zur beruflichen Qualifizierung von Migrantinnen - beides äußerst progressive Maßnahmen. Diese werden auch von Tatjana Petrovic widergespiegelt, die sich für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeitswelt durch Maßnahmen wie Vaterschaftsurlaub, Kurse, Aufklärungsprojekte für Männer und ein stärkeres Engagement der Väter in Erziehung und Hausarbeit einsetzt.

Alle Großparteien erwähnen in den Programmen eine wünschenswerte **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Die ÖVP fokussiert sich auf den Ausbau von Kinderkrippen und Kindergartenplätzen, die SPÖ geht darüber hinaus: neben deren Ausbau will sie auch bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen - nicht nur durch den Ausbau von Betreuungsplätzen mit flexibleren Öffnungszeiten, sondern auch durch bedarfsorientierten Öffnungszeiten während der Ferien. Auch die Grünen fordern flexiblere Betreuungsmöglichkeiten durch Angebote für Eltern mit untypischen Arbeitszeiten. Einen konkreten Vorschlag dazu liefern die NEOS: es soll jährlich 52 Wochen Kindergarten geben, welche von 7.00 - 18.00 Uhr geöffnet sein sollen und somit den Eltern mehr Wahlmöglichkeit bieten. Die KPÖ scheint dem obigen zuzustimmen und fordert generell flächendeckende und qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen. Auch Tatjana Petrovic stimmt der Wichtigkeit von der Vereinbarung von Familie zu und sieht dies als staatliche Aufgabe. Die FPÖ hingegen sticht mit ihren Forderungen hervor, indem sie spezifiziert, welche Eltern für Maßnahmen in Frage kommen - hierzu fordert sie die Einführung eines Müttergelts für "österreichische" Mütter. Weiterhin steht sie für die Anhebung des Kinderbetreuungsgeldes auf das Niveau der Mindestsicherung, die bessere Absicherung von erziehenden Eltern sowie deutliche Steuererleichterungen für Haushalte mit mehreren Kindern. Es wird weiterhin explizit erwähnt, dass es Wahlfreiheit für Mütter geben soll.

Auch **gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen** werden in den Programmen häufig erwähnt. Auf struktureller und rechtlicher Ebene setzt sich dazu vor allem die KPÖ ein und zwar durch die Verknüpfung von öffentlichen Aufträgen und Wirtschaftsförderung mit sozialrechtlichen Bestimmungen. Gleichzeitig forciert sie die Sicherstellung der Einhaltung von Kollektivverträgen und des Arbeitsrechtes durch verstärkte Kontrollen und Strafen.

Die Parteien werden darüber hinaus spezifischer mit konkreten Forderungen zu verbesserten Arbeitsbedingungen:

a. *angemessenen Lohn und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit*

Hier gilt die KPÖ als Vorreiter, mit Forderungen für ein "Einkommen zum Auskommen" für Lehrlinge, Eltern, gerechten Löhnen gekoppelt mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde, fairen Arbeitsbedingungen und angemessener Wertschätzung von Arbeit im Gesundheits-/Pflegebereich, einem Verbot von unbezahlten Praktika, sowie gesicherten Einkommens- und Pensionsleistungen für pflegende Angehörige. Auch die SPÖ reflektiert einen ähnlichen Ansatz, mit dem Appell für einen Pakt für Arbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft unter Einbindung von Privatpartnern und AMS, für die Schaffung von mehr ordentlich entlohnenden Arbeitsplätzen. Die NEOS fokussieren sich in dieser Hinsicht wie bereits erwähnt auf den besseren Ausbau der Kinderbetreuungsberufe durch bessere Ausbildungen und Bezahlung.

b. *angemessenen Lebensunterhalt*

Dafür positioniert sich ausschließlich die KPÖ mit einer Regelung gegen Teilzeitarbeit, Leiharbeit und ausgelagerte Dienstleistungen in den städtischen Einrichtungen, außer Teilzeit wird ausdrücklich von den Beschäftigten gewünscht. Weiterhin fordern sie ein Verbot von Leiharbeit bei der Holding Graz, mit einem klaren "nein" zu Lohndumping.

c. *Arbeitspausen, Freizeit, eine angemessene Begrenzung der Arbeitszeit, regelmäßiger bezahlter Urlaub sowie Vergütung gesetzlicher Feiertage*

Hier macht sich wieder vor allem die KPÖ stark, mit ihrer Forderung für einen 8-Stunden-Tag, der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, der Einführung der 35-Stunden-Woche und 6 Wochen Urlaub für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sowie der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten. Dies soll der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen und die Stadt Graz als Arbeitgeber solle hier mit gutem Beispiel vorangehen. Zum Punkt der Ladenöffnungszeiten sind sich KPÖ und FPÖ einig.

Schaffung von Arbeitsplätzen/Senkung Arbeitslosigkeit

Hier handelt es sich vor allem um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau von Einstellungsmöglichkeiten und der Senkung von Arbeitslosigkeit.

In diesem Kontext finden sich im ÖVP Parteiprogramm konkrete Forderungen zur humanen Marktwirtschaft mit einem gesicherten Wirtschaftsstandort und der damit verbundenen Stärkung der Region Steiermark. Dazu wird auch das Murkraftwerk ausdrücklich befürwortet mit

der Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze. Die SPÖ forciert ebenfalls die Stärkung der Regionen durch das Hervorstreichen von und die Verbesserung der Standortqualität-/Vorteile von Graz, konkret durch Verwaltungsbeschleunigung, zentrale Anlaufstelle für GründerInnen, gezielte Förderung und Unterstützung für Einpersonenernehmen (EPU) und Kleinstunternehmen. Dem stimmt auch die FPÖ zu und befürwortet eine Stärkung von regionalen Unternehmen, Klein-/Mittelbetrieben und dem Abbau bürokratischer Hürden. SPÖ und FPÖ sprechen sich beide für das Murkraftwerk aus.

Die NEOS fokussieren sich auf die Integration innovativer wirtschaftlicher Methoden, wie zB die gezielte Unterstützung von Start Ups, neue Finanzierungsmodelle (zB Crowdfunding) und Abschaffung der Lohnnebenkosten für den/die erste MitarbeiterIn, welche hier als "Kickstarter" fungieren sollen. Weiters setzen sie sich für die Schaffung von Freiräumen, Unternehmensentlastung und eine weitere Entrümpelung der Gewerbeordnung und für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein - ohne hier allerdings konkrete Maßnahmen anzuführen.

Die KPÖ befürwortet hingegen eine Umstrukturierung der existierenden Betriebe durch die Rückzahlung von Subventionen beim Abbau von Beschäftigten oder bei Auflassung von Standorten. Außerdem soll die Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung durch die öffentliche Hand sichergestellt werden. Weiters sollen zur Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Weiterbildungsmaßnahmen gefördert und eine bedarfsgerechte Berufsberatung mit kostengünstigen Weiterbildungsangeboten durch die Stadt angeboten werden. Die Stadt gilt als Arbeitgeberin braucht dazu eine gut funktionierende Verwaltung durch Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie durch Investitionen in die Infrastruktur (z.B. Bau von Gemeindewohnungen, Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Ausbau des öffentlichen Verkehrs). In diesem Kontext soll gleichzeitig eine Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn-/Personalausgleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingeführt werden.

Die Parteien konzentrieren sich in dieser Hinsicht auch auf **besondere Zielgruppen**, welche als Konsequenz der strukturellen Förderungen **in den Arbeitsmarkt integriert** werden sollen.

1. Jugendliche/Lehrstellen

Hier sollen laut SPÖ Förderschwerpunkte in der Lehrlingsausbildung gesetzt werden zB einen Ausbau der Produktionsschul-Angebote für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren mit Migrationshintergrund und/oder Sprachdefiziten, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, sozial benachteiligt, arbeitslos oder arbeitssuchend sind. Die KPÖ geht einen Schritt weiter und setzt sich für eine verpflichtende Lehrlingausbildung in Betrieben ein, welche bei Nichteinhalten durch eine Zahlung in einen Lehrlingsausbildungsfonds sanktioniert werden sollen. Weiters sollen Ausbildungsplätze für Jugendliche in städtischen Einrichtungen forciert werden sowie durch einen Ausbildungspool die Jugendarbeitslosigkeit verringert werden. Die Grünen stehen ebenfalls für eine Öffnung der Türen zur Arbeitswelt für Junge: „Back to the future“ lautet ein Wiener Erfolgsprojekt, das jungen MindestsicherungsbezieherInnen zu Qualifikation und Beschäftigung verhilft. Ein derartiges Projekt wünschen sich die Grünen auch für Graz.

Auch die FPÖ fordert eine Lehrlingsoffensive sowie die Einrichtung von Lehrwerkstätten im Haus Graz. Dieser Forderung scheint die KPÖ mit ihrer Forderung für die Schaffung öffentlicher Lehrwerkstätten zuzustimmen.

2. 50+ und schwer Vermittelbare über 25

Parallel zu den obigen Forderungen will die SPÖ gemeinnützige Beschäftigungsprojekte für schwer vermittelbare Menschen über 25 starten - dies soll deren Wiedereingliederung erleichtern. Weiters sollen spezifische Förderschwerpunkte kreiert werden, welche vor allem BerufseinsteigerInnen über 50 eine Beschäftigung erleichtern soll. Einen ähnlichen Vorschlag legt auch die KPÖ vor, mit einem Konzept zur Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Menschen, die am privaten Arbeitsmarkt keine Chance vorfinden.

3. MigrantInnen/AsylwerberInnen

Die ÖVP plädiert - im Einklang mit den Entscheidungen auf Bundesebene, für ein Einhalten der Obergrenze für Asylwerbende für Graz: 3.000 Personen - eine größere Anzahl sei nicht möglich, da es weder Perspektiven noch Arbeitsplätze gäbe. Gleichzeitig soll jenen, die bereits in Graz sind und bleiben werden, Zukunftschancen für die schnellstmögliche Einbindung in den Arbeitsprozess geboten werden. Dies soll zB durch Integration, Einbindung in die Gesellschaft, Investitionen in Qualifizierung und Weiterbildung geschehen. Integration solle nach Leistung stattfinden.

Auch die Grünen sehen als wesentlichen Faktor für die Integration Sprache, Bildung und Arbeit. Dies soll durch den effektiven Ausbau von Deutschkursen und der Basisbildung ermöglicht werden. Ähnliches wird von Tatjana Petrovic gefordert, durch verbesserte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die KPÖ fordert auch die bessere Anerkennung der von MigrantInnen in ihren Herkunftsländern erworbenen Qualifikationen sowie gleiche soziale Rechte für alle, auch ohne österreichischen Pass - diese Maßnahmen würden auch Schwarzarbeit und Lohndumping einen Riegel vorschieben.

4. Menschen mit Behinderung

Dies erwähnt ausschließlich die KPÖ, mit einem Appell für verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Sektor.

Über diese Diskursstränge hinaus macht vor allem die KPÖ konkrete Vorschläge zu einer Umstrukturierung der Arbeitswelt: zum Beispiel durch einer Entschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitslose, der Ausweitung des Angebots an geschützten Arbeitsplätzen in der Stadt, einem bedingungslosen Grundeinkommen (Elterngeld) sowie langfristig angelegten und strategisch ausgerichteten familienfreundlichen Betriebsstrukturen. Dies gehe Hand in Hand mit stärkerer Vernetzung der Eltern in der Gemeinde, dem Ausbau von Beratungsstellen, staatlich geförderten Tagesmutter-Modellen sowie einer grundlegenden sozialen Absicherung für Kinder und Erwerbslose.

Beurteilung

In diesem Themenbereich lässt sich eindeutig eine Lagerbildung zwischen KPÖ, SPÖ und den Grünen versus ÖVP und NEOS erkennen: Erstere setzen auf die Stärkung der Arbeitnehmer durch individuelle Möglichkeiten und rechtliche Provisionen, Zweitere auf die Stärkung der Arbeitgeber und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Es wird jedoch bei allen erfassten wahlwerbenden Parteien ein erkennbarer Fokus auf Aufstiegsmöglichkeiten, gesicherte Arbeitsmöglichkeiten, und dem Ausbau von existierenden strukturellen Maßnahmen gelegt. Zudem werden explizite Aspekte von Arbeit und verschiedene Zielgruppen angesprochen, auch solche Gruppen, die sonst nicht oft erwähnt werden: Jugendliche, Zuwanderer und Frauen. Es sollen Gleichberechtigung und gleiche Möglichkeiten geschaffen werden, vor allem die linken Parteien fordern einen nicht nur wirtschaftlichen, sondern einen Rundum-Ausbau. Darüber hinaus werden strukturelle Anpassungen, die Stärkung der Regionen, der Ausbau von Betrieben sowie die Änderung und Anpassung der Rahmenbedingungen eingefordert.

Diese Ansätze sind aus menschenrechtlicher Sicht unproblematisch und werden als konstruktiv und bürgernahe eingestuft. Daher werden an alle wahlwerbenden Parteien, die sich zu diesem Themenkreis geäußert haben - die **ÖVP, SPÖ, KPÖ, die Grünen, NEOS sowie Tatjana Petrovic - grüne Ampeln verteilt**. Weder die Piraten, noch die Liste WIR oder das Einsparkraftwerk äußern sich programmatisch zum Thema Arbeit. Eine Ausnahme bei der Ampelvergabe bildet lediglich die **FPÖ**, die sich mit ihrer klaren Inländerpreferenz auf allen Ebenen - somit auch beim Thema Arbeit - hervorhebt. Ihre Position dazu wird als durchaus **bedenklich** eingestuft. Somit wird **eine gelbe Ampel** verteilt.

Graz, am 26.01.2017
MR-BEIRAT_AG_WKM 2017/KS/KS/25